

E: 21. NOV. 2022 

CDU

Kreistagsfraktion
WITTMUND



An den Kreistag
und die Kreisverwaltung
des Landkreises Wittmund
z. Hd. Herrn Landrat H. Heymann
Am Markt 9
26409 Wittmund

Arthur Engelbrecht

GRUPPENVORSITZENDER

Telefon: 04465-1476

Fax: 04465-1476

E-Mail: arthur.engelbrecht@ewe.net

21.11.2022

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,

anliegenden Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2023 senden wir Ihnen mit der Bitte, diesen in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 01.12.2022 zur Beratung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Anschließend soll der Antrag im darauffolgenden Kreisausschuss und in der Kreistagssitzung am 08.12.2022 beraten und beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Arthur Engelbrecht - CDU/FDP Kreistagsfraktionsvorsitzender

Verwaltung:
Drostenstr. 15
26409 Wittmund
Telefon: 04462-942480
Fax: 04462-942481

Oldenburgische Landesbank
IBAN: DE97280200509484176400

E-Mail: cdu.kreistagfraktion@gmail.com
Homepage: www.cdu-wittmund.de

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2023

Die CDU/FDP-Gruppe nimmt den von der Verwaltung vorgestellten Haushaltsplanentwurf 2023 zur Kenntnis und hat diesen intensiv beraten. Wir würdigen die bislang getroffenen Einsparmaßnahmen. Dennoch kann der Haushaltplan auf dieser Basis von der Gruppe nicht mitgetragen werden. Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste der geplanten Investitionen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit und Umsetzungswahrscheinlichkeit zu erstellen. Die Planungsarbeiten sollen für jede beschlossene Investition jedoch fortgesetzt werden. Zur Begründung: angestiegene Baukosten, Zinsverteuerungen, die zu erwartende desolante Haushaltssituation und die üblichen, bekannten Verzögerungen der Bauvorhaben erfordern diese Herangehensweise. Unseres Erachtens könnten Investitionen wie z. B. der Neubau des Tonnenhofs in Folgejahre geschoben werden. Investitionen für die der Landkreis hohe Förderzuschüsse erhält (z. B. Radwegebau) sollen ohne Verzögerung fortgesetzt werden. Der Beschluss der Sanierung der BBS Außenstelle in Esens soll revidiert werden, da sich die Haushaltssituation in der Zwischenzeit deutlich verschlechtert hat und das Vorhaben nicht der Vorgabe der Allgemeinen Haushaltsgrundsätzen des NKomVG nachkommt. Der Standort Esens bleibt als BBS Außenstelle bis zur Fertigstellung des Neubaus in Wittmund bestehen. In der Zwischenzeit soll nach einer sinnvollen Nachnutzung mit höherer Wertschöpfung für die Stadt Esens gesucht werden.

Sämtliche Auswirkungen der o. g. Maßnahmen sollen im Haushaltsplanentwurf 2023 Berücksichtigung finden.

- 2) Wir schätzen das großartige Engagement der Ehrenamtlichen im Landkreis Wittmund und in den kreisübergreifenden Verbänden und Vereinigungen. Der Landkreis Wittmund zahlt sogenannte freiwillige Leistungen in Höhe von etwa 4,4 Mio. Euro jährlich aus. Diese waren im Rahmen der jeweiligen früheren Beschlussfassung wohl überlegt und sinnvoll. Sofern keine fixierten Vereinbarungen vorliegen, wird die Verwaltung nach vorheriger Rücksprache mit den Empfängern beauftragt, die Leistungen um 10% und zu kürzen. Auch bei künftig auslaufenden Vereinbarungen soll geprüft werden, ob die Leistung komplett gestrichen werden kann oder diese alternativ um 10% bis 15% gekürzt wird. Unsere Gruppe ist sich sicher, dass die Leistungsempfänger auf Grund der derzeitigen Haushaltssituation Verständnis für diese Maßnahme haben und ggf. zusätzliche Einnahmequellen erschließen.
- 3) Bei Personalstellen, die von Land oder Bund gefördert werden, soll vor dem Auslaufen der Förderung das Ergebnis dieser Arbeit objektiv bewertet werden. Bei einer negativen Bewertung sollen kompetente Stelleninhaber verwaltungsintern umgesetzt und weiterbeschäftigt werden, sofern freie Stellen vorhanden sind.
- 4) Derzeit lesen wir von enormen Steigerungen der Steuereinnahmen bis mindestens 2026 – die auch in den Kommunen ankommen werden. Gleichwohl gibt es große Unwägbarkeiten bei den Kosten für die Beherbergung von Flüchtlingen und Energie. Ein seriöser Kaufmann plant sorgfältig und vorsichtig. Die in den letzten Jahren von Vorsicht geprägte Haushaltsplanung der Kreisverwaltung soll sich dennoch mehr an den tatsächlichen Zahlen orientieren. Die Ergebnisplanung der vergangenen Jahre wurde stets verfehlt: Das tatsächliche Ergebnis fiel jedes Jahr deutlich besser als die Planung aus! So wurde in 2017 mit einem Fehlbetrag von 616.000 Euro geplant – tatsächlich wurde ein Überschuss von 6.544.356 Euro erzielt. Das ist für die Kämmerei zwar schön, aber belastet die Haushaltsberatungen stark! Die Verwaltung wird daher beauftragt, die bestehenden Planungen an jetzige Erkenntnisse anzupassen und unwahrscheinliche sowie nicht reife Positionen aus den Planungen für 2023 zu streichen.